

amtliche Bekanntmachung 1



Beschluss

Terminsbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft

soll am **Freitag, 18. Juni 2021, 10:45 Uhr**, versteigert werden:
Das im Grundbuch von Hofheim Blatt 2576 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
2	Hofheim	1	148/1	Hof- und Gebäudefläche, Luisenweg 7	247

Der Versteigerungstermin findet **nicht im Amtsgericht Lampertheim statt sondern in der:**
Zehntscheune, Römerstr. 51, 68623 Lampertheim

Der Versteigerungsvermerk wurde am 29.10.2019 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 156.000,00 €

Objektbeschreibung gemäß Gutachten vom 23.03.2020:

Älteres Einfamilienwohnhaus mit Anbau und hinteres Nebengebäude/Teilnbau mit ehemaliger Garage; es konnte lediglich eine Außenbesichtigung stattfinden

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Jeder Bieter muss sich im Versteigerungstermin durch gültigen Personalausweis oder Reisepass ausweisen, ggf. eine Vollmacht in öffentlich oder öffentlich beglaubigter Urkunde vorlegen und die steuerliche Identifikationsnummer angeben können. Mit der sofortigen Leistung von in der Regel 10% des festgesetzten Verkehrswertes als Sicherheit im Termin muss gerechnet werden.

Sicherheitsleistung mittels Bargeld ist ausgeschlossen.

Sicherheit kann geleistet werden durch eine unbefristete, unbedingte und selbstschuldnerische Bürgschaft eines Kreditinstituts oder durch einen Bundesbank- oder Verrechnungsscheck, der frühestens am dritten Werktag vor dem Versteigerungstermin ausgestellt worden und im Inland zahlbar ist. Dies gilt jeweils nur, wenn sie von einem im Geltungsbereich des Zwangsversteigerungsgesetzes zum Betreiben von Bankgeschäften berechtigten Kreditinstitut oder der Bundesbank ausgestellt sind. Als berechtigt gelten Kreditinstitute, die in der Liste der zugelassenen Kreditinstitute gemäß Artikel 3 Abs. 7 und Artikel 10 Abs. 2 der Richtlinie 77/780/EWG des Rates vom 12.12.1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (ABl. EG Nr. L 322 S. 30) aufgeführt sind.

Auch kann Sicherheit durch Einzahlung oder Überweisung auf das Konto der Gerichtskasse in Frankfurt geleistet werden, wenn der Betrag der Gerichtskasse vor dem Versteigerungstermin gutgeschrieben ist und ein Nachweis hierüber im Termin vorliegt. Die Zahlung hat in diesem Verfahren sodann zu erfolgen an:

Gerichtskasse Frankfurt am Main: Landesbank Hessen-Thüringen,
IBAN: DE73 5005 0000 0001 0060 30, BIC: HELADEFXXX,
unter Angabe des Kassenzeichens: 18793901111 .

(Kassenzeichen ist stets anzugeben!)

Hinweis aufgrund der Coronavirus (COVID-19)-Pandemie:

- Es sind die zum Terminstag geltenden Hygienevorschriften zu beachten.
- Das Betreten des Gebäudes ist nur nach Abgabe einer Selbstauskunft erlaubt. Das Formular ist als Anlage zur Terminsveröffentlichung unter www.zvg-portal.de zu finden.
- Sollte bei Ihnen eine Infektion mit dem Coronavirus diagnostiziert worden sein oder Sie bzw. jemand in Ihrem direkten privaten Umfeld als Verdachtsfall anzusehen sein, dürfen Sie das Gebäude nicht betreten. Ein Verdachtsfall liegt vor, wenn

- Sie Krankheitssymptome wie zum Beispiel Fieber, Husten, Atemnot, Kurzatmigkeit, Halsschmerzen, Niesen, Schnupfen, Muskel- oder Gelenkschmerzen ausgebildet haben,
 - Sie innerhalb der letzten 14 Tage persönlichen Kontakt zu einer Person hatten, die positiv auf Corona getestet worden ist.
- Der Zutritt wird untersagt, wenn Sie innerhalb der letzten 14 Tage in einem internationalen Risikogebiet oder einem besonders betroffenen Gebiet in Deutschland entsprechend der Festlegung durch das Robert Koch-Institut waren,
 - Halten Sie sich vor und nach dem Termin so kurz wie möglich im Gebäude auf.
 - Desinfizieren Sie beim Betreten des Gebäudes im Eingangsbereich Ihre Hände.
 - Halten Sie immer den Mindestabstand von 1,5 m ein, auch beim Betreten und Verlassen des Gebäudes.
 - Die Nutzung des Fahrstuhls ist immer nur einer Person erlaubt. Hiervon ausgenommen sind hilfsbedürftige Personen mit ihrer Begleitperson.
 - Bei Ihrem Aufenthalt im Gebäude (also beim Betreten und Verlassen und auch während des Termins) ist eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.
 - **Hierbei muss es sich um eine FFP2-Maske, KN 95 oder eine medizinische Maske handeln.**

Das Gericht stellt solche Masken nicht zur Verfügung. Bringen Sie sich daher Ihre geeignete Mund-Nasen-Bedeckung mit.

Im Sitzungssaal ist den Anweisungen der Vorsitzenden zum Tragen oder Abnehmen der Mund-Nase-Bedeckung Folge zu leisten.

Die sitzungsleitende Rechtspflegerin hat das Hausrecht gem. § 176 GVG und entscheidet ggf. auch kurzfristig, welche Schutzmaßnahmen in und vor dem Saal angeordnet oder zugelassen werden.